Jo Rodejohann

Rüstungsabhängige Arbeitsplätze

AP 1 (IRA) April 1983

Die "Arbeitspapiere" stellen keine Äußerung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter von im Berliner Projektverbund geförderten Projekten sind.

C bei den Autoren

Berghof-Stiftung für Konfliktforschung
Altensteinstr.48a
D-1000 Berlin (West) 33

Tel.: (030) 831 80 99 und 831 80 90

Jo Rodejohann

Rüstungsabhängige Arbeitsplätze Arbeit für wenige — Arbeitslosigkeit für viele*

Im Dezember 1901 schrieb der Präsident des Deutschen Flottenvereins an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes:

»Dadurch, daß der Bau der durch die letzte Marine-Vorlage bewilligten Schiffe so beschleunigt würde, wie es die deutschen Werften überhaupt leisten könnten, würden viele Industriezweige neue Aufträge erhalten, wodurch nicht nur diese über Wasser gehalten, sondern auch in den Stand gesetzt würden, ihre Arbeiter zu beschäftigen u. bereit zu lassen wieder einzustellen.«
(Ztl. Kehr 1928, 146)

Als dieser Vorstoß erfolglos blieb, bedauerte die »Rheinisch-Westfälische Zeitung« im Januar 1902 »im Interesse der Industrie, der Arbeiterschaft und der deutschen Kriegsflotte« die mangelnde Einsicht der Reichsregierung (Kehr 1928, 148).

Hier ist das Argument vom wirtschaftlichen Nutzen der Rüstungsproduktion, besonders auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen, bereits klassisch formuliert, welches heute noch immer von interessierter Seite ins Feld geführt wird. Kritiker haben für die siebziger Jahre von einem »beschäftigungspolitisch begründeten Rüstungsschub« bei der Bundeswehr gesprochen (Albrecht u.a. 1982, 40). Das verwundert wenig zu Zeiten, wo in der Europäischen Gemeinschaft immer mehr Menschen arbeitslos sind und gleichzeitig immer neue Rekordsummen für Rüstungen ausgegeben wurden.

Gleichzeitig wurde berichtet, daß sich Betriebe in Rüstung herstellenden Unternehmen um Rüstungsaufträge bemühten und dazu einen eigenen Arbeitskreis gründeten (Weltmann 1982). In einzelnen Unternehmen hat es sogar Streiks gegeben, um rüstungsabhängige Arbeitsplätze zu erhalten; so 1980 in Kiel und 1981 in Belgien. In Belgien wurde so militant gestreikt, daß Polizei eingesetzt wurde (Metall, 14.1.1981; Flight, 7.11.1981). Das kann nur den überraschen, der die grundlegende Erfahrung ausblendet, daß »Existenzangst (in verdeckter und offener Form) ein Kennzeichen der Lohnarbeitersistenz ist« (Zoll 1982, 224). Betriebsräte in Unternehmen, wo Rüstungsfertigung eine große Bedeutung hat, betauern immer wieder, daß es ihren Kolleginnen und Kollegen nicht um Rüstungsproduktion, sondern um Arbeitsplätze geht: »Arbeitnehmer wollen Arbeitsplätze, keine Rüstung«. Wenn es aber keine andere Arbeitsmöglichkeit gibt, stellen sie lieber Rüstungen her, als arbeitslos zu werden. Und dabei sind Betriebsräte Partei, »sonst wären sie keine guten Belegschaftsvertreter«.

Hier aber zu schließen, ausgerechnet die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie bildeten aufgrund ihres Arbeitsplatzinteresses »eines der größten Hindernisse für Rüstungsmininderungen«, geht an der Wirklichkeit rüstungsabhängiger Beschäftigung ebenso vorbei, wie an den tatsächlichen Hindernissen für Abrüstungspolitik. Es ist die drohende Arbeitslosigkeit, die die übergroße Mehrzahl der Arbeitskräfte in die Rüstungsfertigung zwingt, nicht

* Bei diesem Aufsatz handelt es sich um einen überarbeiteten und gekürzten Auszug aus dem Abschlussbericht des von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) und der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung (BSK) geförderten Forschungsprojekts »Rüstungsarbeiter und Konversion« (1978-1981). Der Abschlussbericht kann bei der DGFK in Bonn oder beim Berliner Projektverbund der BSK eingesehen werden.

aber das Interesse an der Rüstung. — Solange dies der Fall ist, muß die schon 1913 von Rosa Luxemburg berichtete Aussage Überzeugend wirken, daß bei der Rüstungsfertigung »nur eine Verchiebung in der sechlichen Form der Reproduktion eintritt«: statt anderer Waren produziert man Kreuzer und Kanonen, dank derer der Arbeiter seine Beschäftigung und sein Brot im gleichen oder noch größeren Maße, ob hier oder dort, finde« (Luxemburg 1913, 404).

Aber das Argument trifft nur auf eine sehr verzerrte Weise zu. Denn es berücksichtigt »nur unmittelbare wirtschaftliche Interessen des Arbeiters« und übersieht »seine weiteren sozialen Interessen, die mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt ... zusammenhängen« (Luxemburg 1899, 453; vgl. auch 1913, 404; weiter Bauer 1911).

Erst aus dieser anderen Sicht erschließen sich die sozialen Kosten des Rüstens und damit auch der durch Rüstungsproduktion gesicherten Arbeitsplätze. Dies sind höhere Arbeitslosigkeit, geringere Sozialaufwendungen, verzerrte Industriestrukturen und Inflation, um nur einige der Rüstungsfolgen zu nennen. Denn jeder Rüstungsauftrag ist zugleich eine Entscheidung gegen andere Verwendungen staatlicher Finanzmittel. Zu den sozialen Kosten gehören aber auch Kriege. Denn gestützt wird nicht, um Arbeitsplätze zu schaffen, Gerüstet wird, weil das politische Herrschaftsinteresse ungebrochen ist, sich den Krieg als Mittel der Politik vorzubehalten. Über 145 Kriege seit 1945 mit mehr als 10 Millionen Toten und aktuell mehr als vierzig Kriege überall auf der Welt sprechen eine klare Sprache.

Um zu verhindern, daß die falsche Behauptung von den wirtschaftlich nutzlichen, besonders auch Arbeitsplätze schaffenden und sichernden Wirkungen der Rüstungsproduktion Abrüstungspolitik erschwert, müssen politische Strategien entwickelt werden, die eine andere Alternative als Arbeitslosigkeit für rüstungsabhängig Beschäftigte bieten. Sie zielen auf eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik, in der die geplante Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigungen ein wichtiges Kernstück ist. Nicht minder wichtig ist eine realistische Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse in der Rüstungsfertigung. Erst die Berücksichtigung beider macht den Weg zur Abrüstung kenntlich, soweit rüstungsabhängige Beschäftigung von Bedeutung ist. Die Abrüstungshindernisse sind jedoch woanders zu suchen: Im herrschaftlichen Interesse an Rüstung und Krieg als politischen Mittel und in wirtschaftlichen Einzelinteressen, die sich mit ihm verbinden.

Wieviele Arbeitsplätze hängen vom weltweiten Rüstens ab?

Wer eine Antwort darauf sucht, wieviele Menschen heute ihren Arbeitsplatz unmittelbar oder mittelbar den weltweiten Militärausgaben von nunmehr jährlich über 600 Milliarden US-Dollar verdanken, sieht sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Das beginnt damit, daß überhaupt wenig Informationen öffentlich zugänglich sind. In aller Regel sind nur Schätzungen möglich, die in vielen Fällen auf einer sehr unbefriedigenden Datengrundlage erfolgen. Recht einfach ist es noch, die Zahl der Soldaten und Soldatinnen weltweit zu bestimmen. Aber auch hier gibt es Schwierigkeiten, wie etwa die festgefahrene Datendiskussion bei den Wiener Rüstungsbegrenzungsvergesprächen (MBFR) zeigt. Schwieriger wird es schon, Nachrichten über die in militärischen Einrichtungen beschäftigten Zivilisten zu finden. Am schwierigsten ist es aber, die Zahl der in der Rüstungsfertigung Beschäftigten zu bestimmen, nach der hier besonders gefragt ist. Die folgenden Angaben beschreiben eher Größenordnungen und Trends, dies jedoch recht eindeutig.

Die höchste uns bekannte Schätzung rüstungsabhängiger Beschäftigung stammt von der amerikanischen Wissenschaftlerin Ruth Sward:

Rüstungsabhängige Arbeitsplätze

»Weltweit übersteigt die Zahl der Männer und (neuerdings verstärkt) Frauen in Uniform sowie der für Verteidigungsministerien und andere militärbezogene Zwecke arbeitenden Zivilisten 100 Millionen« (Sward 1981a, 155)

Eine nähere Prüfung dieser Angabe, der sich jüngst auch Friedensforscher hierzulande angeschlossen haben (Albrecht u.a. 1982, 7), zeigt jedoch, daß diese Schätzung mit Sicherheit weit überhöht ist.

Weigegen unstrittig ist die Zahl der Arbeitskräfte in den regulären Streitkräften. Die Angaben bewegen sich zwischen 25 und 27 Millionen Menschen weltweit. Schwere abzuschätzen ist die Zahl der Arbeitsplätze in Reserveeinheiten und paramilitärischen Formationen. Deren Zahl gibt Sward mit rund 45 Millionen an (1981b, 6). Aber der größere Teil der weltweit rund 24 Millionen Reservisten dürfte eindeutig einer zivilen Beschäftigung nachgehen. Deswegen ist es nicht möglich, sie rüstungsabhängiger Beschäftigung zuzuschlagen. Für die USA gibt es zum Beispiel die Angabe, daß dort 1979 über 900 000 Menschen in Reserveeinheiten angestellt waren; allerdings als Teilzeitbeschäftigte. Ähnlich problematisch ist das Sward'sche Verfahren, die Angehörigen paramilitärischer Einheiten als rüstungsabhängige Arbeitskräfte zu werten. So sind bei den rund 22 Millionen Angehörigen dieser Truppen vom Londoner »Internationalen Institut für strategische Studien« (IISS), auf dessen Angaben sich Sward stützt, zum Beispiel auch die Kampfgruppen in der DDR mitgezählt worden. Diese rund 500 000 Menschen haben aber in der überproportionalen zivilen Arbeitsplätze.

Ähnlich schwierig ist es, die Zahl der zivilen Arbeitskräfte in den Verteidigungsministerien und sonstigen militärischen Einrichtungen zu bestimmen. Nähere Angaben fehlen auch hier. Würde man von der Situation hierzulande ausgehen, wo zusätzlich zu knapp 500 000 Soldaten in der Bundeswehr noch rund 180 000 Zivilbeschäftigte kommen, dann wäre weltweit eine Zahl von mehr als 9 Millionen Zivilbeschäftigten anzunehmen. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen kommt dagegen auf etwa 4 Millionen Menschen (UN 1981, 46).

Es ist deutlich geworden, daß aufgrund der verfügbaren Informationen nur eine grobe Schätzung möglich ist. Offensichtlich ist aber die Zahl der im Krieg mobilisierbaren Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbeschäftigten, die Sward mit rund 70 Millionen Menschen ansetzt, nicht mit der Zahl der rüstungsabhängigen Arbeitskräfte gleichzusetzen. Dieser Fehler erklärt zum größten Teil die überaus hohe Schätzung Swards. In anderer Hinsicht ist diese Zahl von 70 Millionen jedoch aufschlußreich: Sie geht ein in die Zahl der Menschen, die heute bereits im Frieden weltweit vom Rüstens erfaßt werden. Hinzu kommen jedoch noch Millionen von Angehörigen dieser Menschen, deren Alltag ebenso mehr oder weniger direkt durch Militär und Rüstens bestimmt wird. Diese Zahl, schließlich man noch die rüstungsabhängigen industriellen Arbeitsplätze mit ein, dürfte weit jenseits von 100 Millionen Menschen liegen. Geht es jedoch um die *Beschäftigungswirkungen des Rüstens*, dann sind konservativere Schätzungen zutreffender; so der jüngste Bericht der Vereinten Nationen über den Zusammenhang von Rüstung und Entwicklung, demzufolge weltweit rund 50 Millionen Menschen in direkter und indirekter Form für militärische Zwecke arbeiten (UN 1981, 46).

Wieviele Arbeitsplätze gibt es in der Rüstungsindustrie?

Die größten Schwierigkeiten liegen in der Beantwortung dieser Frage; genaue und detaillierte Angaben fehlen weitgehend. Denn hier greift voll die »Abschrumpfung des Produktionsbereichs von der Öffentlichkeit«. Die Rüstungsindustrie bildet in besonderer Weise

einen durch »Werkchutz, öffentliche Gewalt und behauptete Rechtsinstitute geschützten Arkanbereich«* (Negt/Kluge 1972, 95).

Schätz man die vorhandenen Informationen, dann läßt sich die Zahl der durch Militärfrage nach Rüstungsausgaben bedingten industriellen Arbeitsplätze, also sowohl durch die Nachfrage nach Rüstungswaren wie nach zivilen Waren für den militärischen Gebrauch, nach oben hin doch eindeutig abgrenzen. Entgegen verbreiteten Annahmen haben heute weltweit kaum mehr als 9 bis 12 Millionen Menschen Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich, die direkt oder indirekt von Militärausgaben abhängig sind. Etwa zwei Drittel davon sind im ergeren Bereich der Rüstungsfertigung. Die jüngste Angabe von Albrecht u.a., daß nach amerikanischen Schätzungen rund 30 Millionen Menschen »bei der Herstellung von Rüstung beschäftigt« seien (1982, 7), ist angesichts der verfügbaren Informationen nicht zu halten.

Eine Überschlagsrechnung für dreizehn rüstungswirtschaftlich besonders wichtige kapitalistische Industrierstaaten, ergibt für Ende der siebziger Jahre zwischen 2 und 2,5 Millionen Arbeitsplätze. Diese Staaten gehen zusammen fast die Hälfte der Militärausgaben auf der Welt aus und bestreiten knapp zwei Drittel des weltweiten Rüstungsexports. In diesen Staaten ist der größte Teil der Rüstungsindustrie außerhalb der sozialistischen Staaten beheimatet. Eine Schätzung des »Internationalen Metallgewerkschaftsbundes« (IMB) bestätigt diese Größenordnung. Er setzt die »Beschäftigtenzahl in der Rüstungsindustrie der freien Welt mit 2,8 Millionen« an (IMB 1979, 7).

Selbst wenn man unterstellt, daß die Rüstungsproduktion in den kapitalistischen Industrierstaaten besonders kapitalintensiv, in der Sowjetunion, der Volksrepublik China und in der Dritten Welt besonders arbeitsintensiv ist (zumindest im letzten Fall ist das nicht immer richtig), kommt man nicht in den Bereich der angeführten amerikanischen Schätzungen. Insgesamt scheint auch hier die Schätzung der Expertenkommission der Vereinten Nationen zuzutreffen. Sie gibt die Zahl der weltweit direkt von der Rüstungsfertigung abhängigen Arbeitsplätze zwischen 4 und 6 Millionen an (UN 1981, 49). Dazu kommen noch die Beschäftigungswirkungen der militärischen Nachfrage nach zivilen Waren, die man gets genauer Informationen auf ungefähr zwei Millionen Arbeitsplätze kalkuliert werden (UN 1981, 50). Schließlich ist noch der Unterschied zwischen direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen zu berücksichtigen, der häufig nicht beachtet wird. Versucht man diese indirekten Beschäftigungswirkungen zu bestimmen, die den Vorleistungen für die Endproduzenten entspringen, ist man auf einer sehr schwachen empirischen Grundlage. Greenwood (1976, 30) geht von einem Multiplikator von höchstens 2 aus, also ein indirekten Arbeitsplatz für jeden direkten. Die Expertengruppe der Vereinten Nationen schätzt die Wirkungen zwischen 1,5 und 2 (UN 1981, 50). Auf dieser Grundlage ergibt sich für die Zahl der direkt und indirekt durch Militärausgaben erzeugten industriellen Arbeitsplätze eine Bandbreite von 9 bis 16 Millionen. — Für die Bundesrepublik Deutschland kommen die Mitarbeiter der Hamburger »Arbeitsgruppe Rüstung und Untereentwicklung« in ihren jüngsten Berechnungen zu dem Ergebnis:

»Trotz des fast stetigen Wachstums der Rüstungsmachfrage hat die Beschäftigung in der Rüstungsindustrie seit dem ersten Beschäftigungs hoch (als die Bundeswehr die Erstausrüstung erhielt) stark abgenommen. Generell scheint die Zahl der Beschäftigten seit dem Höhepunkt 1962 mit fast 330 000 bis Anfang der 70er Jahre auf knapp 200 000 Arbeitsplätze gesunken zu sein. Erst nach 1975, auf Grund der neuen großen Rüstungsprojekte, ist ein leichter Anstieg festzustellen.« (Albrecht u.a. 1982, 251.)

* Arkan = Geheimhaltung

Eine methodisch anders vorgehende Schätzung des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« kommt zu dem Ergebnis, daß die Beschäftigungswirkungen noch niedriger anzusetzen sind. Aufgrund einer Input-Output-Modellrechnung werden die gesamten direkten und indirekten industriellen Beschäftigungswirkungen der inländischen Militärausgaben auf rund 300 000 Arbeitsplätze im Jahr 1972 und rund 270 000 im Jahr 1976 geschätzt; dazu kommen dann noch die Soldaten und die Zivilbeschäftigten. Für die »weiche« Rüstungsindustrie werden die direkten Beschäftigungswirkungen für 1972 mit rund 100 000 und für 1976 mit 80 000 bis 85 000 Arbeitsplätzen angegeben. Rüstungsexporte erzeugen zusätzlich noch einmal direkt und indirekt jeweils 36 000 Arbeitsplätze (Filling-Kohn u.a., 1980, 25, 30). Unter Berücksichtigung der verschiedenen Veränderungen seit 1976 scheint die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland durch Rüstungsproduktion direkt und indirekt bedingten Arbeitsplätze heute kaum höher als 240 000 zu liegen; eher niedriger.

Damit bewegt sich die Zahl der rüstungsindustriellen Arbeitsplätze hierzulande in eher bescheidenen Größenordnungen, wenn man etwa bedenkt, daß allein von 1970 bis 1980 in der Bundesrepublik 1,3 Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verlorengegangen sind, oder daß 1981 rund 100 000 Arbeitsplätze in der Metallindustrie vernichtet wurden. Vor diesem Hintergrund wird das interessierte politische Spiel durchsichtig, welches mit überhöhten Angaben über die Beschäftigungswirkungen von Rüstungsfertigung getrieben wird — allerdings nicht nur von der Rüstungsindustrie. Wenn der Sprecher des »Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen«, Buckley, 1978 behauptete, daß eine Steigerung der inländischen Vergabe von Rüstungsaufträgen für die Bundeswehr um 10 bis 15 Prozent (beim Stand von 75%) 150 000 bis 200 000 Arbeitsplätze zusätzlich erzeugen würde, so war dies offensichtlich eine absurde Zahl. Ähnliches gilt auch für die Angaben aus der DDR, daß in der Rüstungsindustrie hierzulande »etwa 850 000 Beschäftigte« seien (Auronkollektiv 1979, 283).

Die Beschäftigungswirkungen von Rüstungsausgaben sind gering und nehmen ab Falls es um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen geht, zählen Militärausgaben und Rüstungsfertigung zu den Instrumenten, die dafür vergleichsweise ungeeignet sind. Dem Verdacht ließen schon die gerade beschriebenen Verhältnisse aufkommen, und er wird auch durch Einzelbeobachtungen bestätigt. So hat die Bremer »Arbeitsgruppe Abrechnung« berechnet, daß die direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen der Produktion des Kampfpanzers Leopard 2 in den Hauptfertigungsjahren 1982 bis 1986 durchschnittlich unter 20 000 Arbeitsplätzen liegen wird. Für die direkten Arbeitsplätze wurde für 1982 von nur höchstens 3 520 Arbeitsplätzen ausgegangen. Insgesamt sind das deutlich niedrigere Angaben, als von der Rüstungsindustrie verbreitet werden (vgl. Barschke 1981, 75, 77, 151). In die gleiche Richtung weist auch die Information, daß hierzulande in der U-Boot-Fertigung (Entwicklung, Konstruktion und Fertigung) nur etwa 2 000 Menschen Beschäftigung finden können (Wehrtechnik 4/1982, 43). Die Ursache hierfür liegt in der hohen Kapitalintensität der Rüstungsfertigung und dem hohen Anteil des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes. Eine Untersuchung der westeuropäischen Rüstungsindustrie kam 1981 zu dem Ergebnis:

»Im Verhältnis zur Produktion ist die Zahl der im Rüstungssektor der Industrie beschäftigten Menschen niedrig. Im Vergleich zur gesamten Industrie ist der Anteil der im Rüstungssektor eingesetzten Arbeitskräfte in allen Mitgliedsstaaten [der Westeuropäischen Union; d. Verf.] niedriger als der der Rüstungsproduktion an der Produktion der verarbeitenden Industrie insgesamt.« (Assembly of the Western European Union 1981, 223)

Die geringen Beschäftigungswirkungen von Militär- und besonders Rüstungsausgaben werden noch deutlicher, wenn man sie mit den Beschäftigungswirkungen anderer Staatsausgaben vergleicht. Überdies unterliegen sie der langfristigen Entwicklung, daß ein bestimmter Betrag an Militärausgaben immer weniger Arbeitsplätze erzeugt; jeder Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet Jahr für Jahr immer mehr Geld.

Die Belege für die relativ geringen Beschäftigungswirkungen von Militärausgaben im Vergleich zu anderen Staatsausgaben sind in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion immer wieder vortragen worden. So die Angabe des Ökonomen und Kongreßabgeordneten Les Aspin, daß 1972 in den USA für eine Milliarde Dollar 35 000 rüstungsbhängige Arbeitsplätze, im Bildungswesen aber 1 000 000 und im öffentlichen Dienst sogar 1 320 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Für die Bundesrepublik Deutschland weist eine Modellrechnung der Beschäftigungswirkungen von staatlichen Ausgabenkurven für das Jahr 1976 ähnliche, wenn auch weniger deutliche Differenzen auf. Für den Verteidigungsbereich ergab sich bei einer Verminderung der Sachkäufe (vorunter die Investitionsgüterkäufe des Verteidigungsministeriums, sprich Rüstungen verstanden werden) um jeweils eine Milliarde DM der geringste Effekt im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgabebereichen, wenn alle Beschäftigungswirkungen zusammengefaßt werden. Mit einer Ausnahme (»Kommunale Einrichtungen«) war auch der direkte Beschäftigungseffekt am geringsten (Schmidt 1977, 30-35).

Die Beschäftigungswirkungen von Militär- und Rüstungsausgaben nehmen offensichtlich auch ab. Für die USA gibt das Center for Defense Information (1977, 3) an, daß 1977 für Militärausgaben in Höhe von einer Milliarde US-Dollar nur noch 45 800 Arbeitsplätze gesichert werden konnten (einschließlich Soldaten und Zivilbeschäftigte), während es 1964 über 100 000 waren. Ein großer Teil dieser Entwicklung dürfte der Inflation zuzuschreiben sein, die jedoch selber wiederum durch die Rüstungsausgaben verstärkt wird. Für die Bundesrepublik kann die schon erwähnte Studie des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« zu dem Ergebnis, daß zwischen 1972 und 1976 der Beschäftigungseffekt der Militärausgaben im gewerblichen Bereich um über 30 000 Arbeitsplätze oder gut 10 Prozent gesunken ist. Gleichzeitig waren aber die Militärausgaben von 24,45 auf 34,37 Milliarden DM gestiegen. In ähnliche Richtung weist die Entwicklung beim Rüstungsexport, wo 1972 Rüstungen im Wert von 390 Millionen und 1976 von 650 Millionen US-Dollar ins Ausland gingen, die Beschäftigungswirkungen aber mit jeweils 36 000 Arbeitsplätzen gleich blieben. 1971 und 1980 gab es schätzungsweise 240 000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie; die inländische Rüstungsnachfrage stieg aber von 6,6 auf 14,4 Milliarden DM.

Rüstungsausgaben vergrößern die Arbeitslosigkeit

Wenn die Beschäftigungswirkungen von staatlichen Ausgaben für Rüstung geringer sind, als etwa im Bildungsbereich oder im Bauwesen, dann folgt daraus, daß Militärausgaben bei gleich hohen Staatsausgaben in unterschiedlichen Maße zur Arbeitslosigkeit beitragen — je nachdem, welche andere Verwendung gewählt wurde. Amerikanische Untersuchungen, auf die mangelnde deutscher Studien zurückgegriffen werden muß, zeigen dies eindeutig. So hat Bezdek (1975) mittels eines ökonomischen Modells die Folgen untersucht, die sich aus einer Erhöhung oder Senkung der Militärausgaben (also nicht nur der Rüstungsausgaben) in den USA um jeweils 30 Prozent ergeben würden. Bedingung war, daß diese Staatsausgaben für andere Aufgaben eingesetzt würden. Eine Senkung der Militärausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der zivilen Staatsausgaben um den gleichen Betrag würde demnach die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozent senken, umgekehrt würde sie um 1,7

Prozent höher ausfallen. — In einer ganzen Reihe von Untersuchungen ist Marion Anderson der Frage nachgegangen, wieviele Arbeitsplätze deswegen nie geschaffen werden, weil Staatsausgaben für militärische und nicht für zivile Zwecke getätigt werden. Das Ergebnis einer Untersuchung für die US-Gewerkschaft »International Association of Machinists« (IAM) war, daß Militärausgaben in Höhe von 124 Milliarden US-Dollar den Verlust von 118 000 Arbeitsplätzen im Organisationsbereich der IAM bedeuten, weil diese Arbeitsplätze wegen der Militärausgaben nie geschaffen wurden. Abzüglich der durch die Militärausgaben geschaffenen oder gesicherten 88 000 Arbeitsplätze ergab das einen absoluten Verlust von 30 000 Arbeitsplätzen (1979, 2). Zusammen mit anderen Mitarbeitern kann sie in einer Untersuchung des Rüstungshaushalts 1981 zu dem Ergebnis, daß dieser einen absoluten Verlust von 1 520 000 Arbeitsplätzen für Handel und Industrie in den USA bedeute. Dieselbe Rechnung für Militärausgaben insgesamt (also einschließlich der Ausgaben für Militärpersonal und zivile Beschäftigte) ergab für die USA einen absoluten Verlust von 865 000 Arbeitsplätzen, die 1981 vorhanden gewesen wären oder geschaffen hätten werden können, wenn der Militärhaushalt für zivile Aufgaben ausgegeben worden wäre (Employment Research Associates 1982, 1, 9).

Diese kurze Skizze einiger Eigenarten rüstungsabhängiger Beschäftigung hat gezeigt, daß Militär- und Rüstungsausgaben eine grobe Zahl von Arbeitsplätzen schaffen. In einer Industrie, die heute weltweit jährlich rund 150 Milliarden US-Dollar umsetzt, gibt es notwendig Millionen Arbeitsplätze. Aber die Beschäftigungswirkungen sind geringer, als häufig angenommen und behauptet wird. Und sie haben soziale Kosten, die den Nutzern, den einige davon haben, betreffen. Rüstungsabhängige Arbeitsplätze sind eine hohe Belastung, was besonders daran deutlich wird, daß sie zum größten Teil hoch qualifizierte Arbeitskräfte erfordern. Die Umstellung dieser Arbeitsplätze auf die Fertigung ziviler Produkte könnte ein Beitrag dazu sein, die anstehenden globalen Probleme zu meistern. Zwar waren 1981 weltweit »nur« rund 24 Millionen Menschen nach Angaben der Welthandelskonferenz UNCTAD arbeitslos registriert, aber nach Schätzungen von Experten (vgl. Ermenj 1981, 156) leben Mitte der siebziger Jahre schon bis zu 300 Millionen Menschen in der Dritten Welt ohne ausreichende Arbeit, bis zu 700 Millionen in schwerer Armut und rund 500 Millionen Menschen waren ständig unterernährt.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, U. (1979): Rüstungskonvention. Eine Literaturstudie mit Forschungsempfehlungen. Baden-Baden
 Albrecht, U., u.a. (1982): Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? Reimbek bei Hamburg
 Anderson, M. (1979): The impact of military spending on the machinists union. Lansing, Mich., Employment Research Associates
 Anderson, M. (o.J.): The empty pork barrel. Unemployment and the Pentagon budget. 1982 edition. Lansing, Mich.
 Anderson, M. (o.J.): Converting the work force. Where the jobs would be. Lansing, Mich.
 Anderson, M. (o.J.): Bombs or bread. Black unemployment and the Pentagon budget. Lansing, Mich.
 Anderson, M. (o.J.): Neither jobs nor security. Women's unemployment and the Pentagon budget. Lansing, Mich.
 Assembly of the Western European Union (1981): Document 878. In: Proceedings, 27(1), 220-239
 Autorenkollektiv (1979): Militarismus heute. Wesen und Erscheinungsformen des Militarismus der Gegenwart. Berlin (DDR)
 Barschke, H. (1981): Lots still Less. Zur Konversion des Leopard 2. In: Hufschmid u.a. (Hrsg.): Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsprüfung. Köln, 65-108
 Bauer, O. (1911): Großkapital und Militarismus. Was nützen die neuen Kriegsschiffe? In: Werktausgabe. Wien 1975, Bd. 1, 785-798
 Bezdek, R.H. (1975): The 1980 economic impact — regional and occupational — of compensated shifts in defense spending. In: Journal of Regional Science, 15(2), 183-198

- Brzoska, M. (1982): Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie. In: Brzoska u.a.: Das Geschäft mit dem Tod. Fakten & Hintergründe der Rüstungsindustrie. Frankfurt/M., 9-52
- Buckley, G. (1978): Chancen für 200000 Arbeitsplätze. Interview, in: Frankfurter Rundschau, 4.2.1978, 4
- Center for Defense Information (1977): Jobs and the Pentagon: Is military spending good for the economy?, in: The Defense Monitor, 6(7), 1-8
- Employment Research Associates (1982): The price of the Pentagon. The industrial and commercial impact of the 1981 military budget. Lansing, Mich.
- Emmerij, L. (1981): Basic need and employment-oriented strategies reconsidered, in: Development and Peace, 2(2), 151-165
- Filip-Kohn, R., u.a. (1980): Macro-economic effects of disarmament policies on sectoral production and employment in the Federal Republic of Germany. With special emphasis on development policy issues. Berlin/W., DIW
- Greenwood, D. (1976): The employment consequences of reduced defence spending, in: Aberdeen studies in defence economics, (8)
- IMB (1979): Metallgewerkschaften und Rüstungsindustrie. Eine Untersuchung über die Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf die Beschäftigung. Centf, Internationaler Metallgewerkschaftsbund
- Kehr, E. (1978): Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda. In: Kehr, E.: Der Primitivismus der Innenpolitik. Berlin 1970, 130-148
- Luftwaffe (1982): Kräfte seit 1945. Frankfurt/M. (= Militärpolitik Dokumentation, 27)
- Luxemburg, R. (1899): Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Militär und Militarismus, in: Gesamtheitliche Werke. Berlin 1974, Bd. 1, 1, 367-466
- Luxemburg, R. (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesamtheitliche Werke. Berlin 1981, Bd. 5, 5-411
- Mazurk, W. (1982): Mikroelektronik. Bedrohlich für gesellschaft und arbeitswelt, in: Der Gewerkschafter, 30 (3), 12-13
- Negr, O., und A. Kluge (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Frankfurt/M.
- Neumann, H. (1982): Metallindustrie: Das schaffen von arbeitsplätzen »zumutbar«, in: Der Gewerkschafter, 30 (4), 41
- Rodejohann, J. (1983): Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsproduktion, in: Friedensanalysen (in Druck)
- Schmidt, J. (1977): Zur Bedeutung von Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkung von Ausgabenkurzungen. Berlin (= Beiträge zur Strukturforchung, 46)
- Sward, R.L. (1981a): Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben. Weltpolitik, in: Jahrbuch für Internationale Beziehungen (1), 153-165
- Sward, R.L. (1981b): World military and social expenditures 1981. Leesburg, Va., World Priorities
- UN (1980): Study on the relationship between disarmament and development. Report of the Secretary General, New York, United Nations (A/36/356)
- UN (1982): Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security. Report of the Secretary General, New York, United Nations (A/37/386)
- Weinmann, C. (1982): Gewerkschaftliche Interessenvertretung zwischen Lobbyismus und Alternativplanstrategie. In: Brzoska u.a., Das Geschäft mit dem Tod. Fakten & Hintergründe der Rüstungsindustrie. Frankfurt/M., 123-161
- Zoll, R. (1982): Kriege und Solidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 32 (10), 222-226